

Hinter den Kulissen der Preistreiberei.

Die „Großeinkaufsgesellschaft“ der christlichsozialen Händler wegen Preistreiberei geklagt. — Die „christlichen“ „Mittelstandsretter“ machen ihren Anhängern die Preistreiberei zur Pflicht.

Für denjenigen, der da weiß, in welchem Zusammenhang die verschiedenen Preistreiber und ihre „mittelständischen“ Vereinigungen zur „Reichspost“ stehen, war der gestrige Angriff dieses Blattes auf die Großeinkaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine eine kleine Ueberraschung. Dieses Blatt gegen eine, wenn auch nur plump konstruierte, Preistreiberei auf Seite der von Sozialdemokraten geleiteten Einkaufsgesellschaft weitern zu sehen ist gewiß auffallend, weil es immerhin den christlichsozialen Preistreibern und ihren gleichwertigen Vereinigungen schaden könnte, wenn die Leser Vergleiche mit dem wucherischen Gehaben der „Mittelstandsretter“ anstellen. Doch da war nichts mehr zu riskieren, denn — die christlichsoziale Großeinkaufsgesellschaft wird bereits von den Gerichten wegen Preistreiberei verfolgt.

Dank der Redseligkeit der „Reichspost“-Freunde, Mittelstandsretter und Lebensmittelhändler Nag und Feldmann erfahren wir, daß gegen die von diesen Herren geleitete christlichsoziale „Großeinkaufsgesellschaft“ das gerichtliche Verfahren wegen Preistreiberei eingeleitet worden ist. Die „Reichspost“ schrieb also gestern in ihren christlichsozialen Leserkreis heuchlerisch: „Haltet den Dieb!“, damit ihre parteieigenen christlichen Preistreiber leichter über ihr Mißgeschick hinwegkommen.

Weil wir jedoch gerade bei der Sache sind, wollen wir ein wenig den Schleier lüften und aufzeigen, daß der Lebensmittelwucher eine regelrechte organisatorische Leistung der christlichsozialen zünftigen Händler ist. Als der Oberste Gerichtshof die bekannte Entscheidung fällte, wonach die Preisbildung, wenn sie unabhängig von den Gestehungskosten und lediglich von den spekulativen Marktpreisen bestimmt wird, als strafbarer Wucher zu bezeichnen ist, entstand naturgemäß unter den Lebensmittelhändlern eine arge Unsicherheit. Die Androhung von Strafen gegen die wucherischen Marktpreise bewirkte es, daß manche Händler, in ihrer Profitgier einigermaßen gehemmt, die Preise ermäßigten. Deshalb natürlich wieder großer Lärm auf Seite der unentwegten Preistreiber, die in ihrer argen Not ihre Vereinigungen um Schutz für den unbehinderten Wucher anriefen. Das war im Monat April. Tatsächlich machte sich eine vielköpfige Abordnung unter der Führung des „Reichspost“-Freundes Pabst auf den Weg zum Handelsminister, wo sie bewegliche Klage führten über die dem „gesamten Handel“ drohenden Gefahren, falls entsprechend der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wirklich vorgegangen werden sollte. Nach den Berichten der Tagesblätter vom 23. April erklärte angeblich der Handelsminister, „daß er sich der Wichtigkeit der vorgebrachten Darlegungen nicht verschließen könne und daß er sofort eine Aktion einleiten werde, um den von der Abordnung geäußerten Bedenken entsprechend Geltung zu verschaffen“.

Diese Mitteilung war für die Preistreiber natürlich höchst angenehm, und es begann ein regelrechter Kampf gegen solche Händler, die, sei es aus Angst vor Strafe oder aus menschlicher Regung, sich zu billigeren Preisen verstanden. Man weiß, über welche Mittel die organisierten Zünftler verfügen, wenn es sich darum handelt, ihre wucherischen Preise vor der Konkurrenz einzelner zu schützen. Durch die — wie wir annehmen wollen — fälschlich geschilderte Haltung des Handelsministers, insbesondere durch die von ihm angeblich angekündigten Schritte, mit denen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gemildert, wenn nicht ganz unwirksam gemacht werden sollte, ermutigt, traten die zünftlerischen Genossenschaften offen gegen die „Preisdrücker“ auf! So berichtete damals das offizielle Organ des Landesverbandes der kaufmännischen Gremien Böhmens: „Der Krieg hat einen neuen Bedarf gezeitigt und kaum war der neue Bedarf da, so haben sich wiederum jene „Kollegen“ eingefunden, welche die Gelegenheit benützten, die Preise zu drücken! Zur Ehre (!) des Kaufmannes sei es gesagt, daß diese Leute Ausnahmen (!) sind. Es möchte aber gerade an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß man diese Auswüchse (!) nicht weitergreifen lassen möge, denn so wie die jetzige Zeit einen neuen Abschnitt für das gesamte Volk bedeutet, so bedeutet sie auch eine neue Zeit für den Kaufmannsstand.“

Dieser Kampf gegen die „Preisdrücker“ hatte naturgemäß zur Folge, daß seither die Lebensmittelhändler nicht nur in Böhmen in der Preistreiberei förmlich wüteten. Der nunmehrige Erlaß des Ministeriums des Innern, der sich mit den angeblichen Neußerungen des Handelsministers zum großen Glück für die Konsumenten aber schon gar nicht deckt, wird hoffentlich dem wilden Lebensmittelwucher wenigstens einigermaßen Schranken setzen. Es ist aber gewiß notwendig, aufzuzeigen, wie systematisch die „mittelständischen“ Vereinigungen der christlichsozialen Händler den Lebensmittelwucher ihren Mitgliedern förmlich aufgetragen und zur solidarischen Pflicht gemacht haben.

Nun sind wir nicht so boshaft wie die „Reichspost“ und bestreiten nicht, daß der Kaufmannsstand

durch die Preisfestsetzungen und durch die Judikatur zuweilen hart mitgespielt wird. Es ist eben über die Märkte ein Ausnahmezustand verhängt, der wirtschaftliche Ausnahmezustand mußte verhängt werden wegen der wucherischen Preistreiber und unter ihm leidet sicher mancher redliche Kaufmann. Wo und soweit er besteht, muß er gehalten werden und die Konsumentenorganisation hält ihn trotz der schweren Opfer, die er kostet; die Mittelständler aber meinen, zum Opferbringen seien bloß die anderen da, sie aber nur zum Einheimischen von Profiten!